

Sonderdruck aus:

PHILOSOPHISCHE RUNDSCHAU

EINE ZEITSCHRIFT
FÜR PHILOSOPHISCHE KRITIK

BEGRÜNDET VON

HANS-GEORG GADAMER UND HELMUT KUHN†

HERAUSGEGEBEN

IN VERBINDUNG MIT DEN BEGRÜNDERN VON

RÜDIGER BUBNER UND BERNHARD WALDENFELS



1993

40. JAHRGANG

HEFT 4

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

Dieser Sonderdruck ist im Buchhandel nicht erhältlich

Das unvollendete Projekt der Demokratie

JÜRGEN HABERMAS: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt a. M. 1992. Suhrkamp. 667 S.

Vor einem Jahrzehnt hat Jürgen Habermas die Aufklärung als unvollendetes Projekt verteidigt und gegen jene Deutungen Stellung bezogen, die ineins mit den Verzerrungen der herrschenden Ratio die Idee der Vernunft selber desavouierten. Die Pointe der Verteidigung bestand darin, den ungeminderten Anspruch der Vernunft aufrecht zu erhalten, ohne den Bewußtseinsstand der fortgeschrittenen Moderne zu unterlaufen. Nachmetaphysisches Denken soll ohne Verankerung in inhaltlichen Weltbildern, ohne starke Einheits- und Totalitätsvisionen auskommen: Gleichwohl soll die »prozeduralistische« Lesart der Vernunft, die deren transzendenten Gehalt allein in den formalen Bedingungen von Sprache und Kommunikation aufgehoben sieht, nicht einen abstrakten Rest, sondern eine emphatische Leitidee formulieren, in der das emanzipatorische Ideal der frühen Sozialphilosophie seine Transformation und neue Verortung findet. Dabei gehörte es zur Signatur sowohl der Handlungs- wie der Gesellschaftstheorie, daß sie jenen idealisierenden Ausgriff als das Andere zum Bestehenden faßte; dem Leitbild unversehrter Kommunikation, der Idee rationaler Begründung haftet ein Element der U-topie, der Ortlosigkeit im Bestehenden an, auch wenn Habermas gegen jede reduktionistische Beschreibung darauf beharrt, daß die Spannung von Faktizität und Geltung der Wirklichkeit immanent ist, daß die normative Orientierung das faktische Funktionieren und die historische Veränderung der Gesellschaft real mitbestimmt.

In dieser weiterhin gültigen Gesamtkonstellation findet nun mit der Fokussierung auf das Recht eine bedeutsame Akzentverschiebung statt. Die Vermittlung von Faktizität und Geltung wird enger an die institutionelle Wirklichkeit der Gesellschaft herangeführt, indem das Recht als Medium dieser Vermittlung erkannt und seine Stellung im gesamtgesellschaftlichen System nachgezeichnet wird. In der *Theorie des kommunikativen Handelns* galt der Hauptakzent dem Antagonismus zwischen System und Lebenswelt mit seiner Tendenz zur Kolonialisierung der letzteren durch das erstere; als Gegenpotenzen schienen in erster Linie die verschütteten Ressourcen einer nicht entfremdeten kommunikativen Alltagspraxis aufgerufen. Der Grundzug blieb der einer kritischen Gesellschaftstheorie, die in anderem Theorierahmen an Marx' Entfremungsdiagnose anschließt. Nun wird keineswegs die Widerständigkeit kritischen Denkens zur reinen Funktionsanalyse nivelliert. Doch wird die

reale Verfassung moderner Gesellschaften über die Thematisierung des Rechts in stärkerem Maße in ihrem eigenen lebensweltlichen und normativen Potential wahrgenommen. Bleibt in der *Theorie des kommunikativen Handelns*, die das Recht teils in ähnlichen Beschreibungen vorstellt (Bd. 2, 265 f., 275), weithin die kritische Perspektive (Verrechtlichung der Lebenswelt, Allianz des Rechts mit Wirtschaft und Verwaltung) vorherrschend, so rücken in *Faktizität und Geltung* die produktiven Leistungen des Rechts in ein neues Licht. Recht ist nicht nur äußerer Regelmechanismus oder gar Hemmnis, sondern konstitutiver Faktor im Prozeß kollektiver Selbstbestimmung. Diese These entfaltet Habermas in weitausgreifenden systematischen, historischen und ideengeschichtlichen Untersuchungen, in denen er die Elemente und Funktionsweisen des Rechts analysiert und zu einem Gesamtbild von hoher Komplexität und Differenziertheit zusammenführt; den Interessenhorizont bildet dabei immer die Frage nach dem grundsätzlichen Stellenwert des Rechts für den Staat und die Gesellschaft im ganzen. Aus diesem für Sozialphilosophie und politische Philosophie bestimmenden Fragehorizont seien hier einige Hauptmotive aufgenommen, in denen Habermas substantielle und innovative Interpretationsperspektiven eröffnet.

1. Ein Hauptakzent liegt auf der Ersatz- und Entlastungsfunktion: Recht füllt Funktionslücken aus, entlastet überforderte Systeme. Dies gilt für das Individuum wie die Gesellschaft, die in ihrer modernen Gestalt durch eigene Ansprüche überfordert sind. Das autonome Subjekt hat in der Vernunftmoral nur eine unzulängliche Stütze für sein Entscheiden und Handeln, es steht unter »unerhörten kognitiven, motivationalen und organisatorischen Anforderungen«, von denen es »als Rechtsperson entlastet wird« (146). Die Ausdifferenzierung von Recht und Moral aus der traditionellen Sittlichkeit wird von Habermas im Sinne eines Ergänzungsverhältnisses gedacht und damit in ein bestimmtes Verhältnis zum klassischen Motivationsproblem der Ethik gerückt. Vernunftmoral ist, um handlungswirksam zu werden, auf »entgegenkommende Sozialisationsprozesse« angewiesen, deren Tragfähigkeit jedoch immer labil bleibt (146): Das Recht, das gleichzeitig kognitive Unbestimmtheiten absorbiert und Fragen der Zurechenbarkeit entscheidet, ist von Natur aus Substitut für die begrenzte Motivationskraft moralischer Einsicht. Recht ist nicht nur – als Legalität und Zwang – Gegenseite, sondern konstitutives Moment der konkreten moralischen Lebenswelt.

Vor allem kommt dies auf gesellschaftlicher Ebene zum Tragen. Recht übernimmt Funktionen der sozialen Integration, die in der Lebenswelt eine ungenügende Stütze haben. Wenn der normative Bezug für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mitkonstitutiv ist, so muß er im sozialen Leben Orte seiner Verankerung finden. In überschaubaren Gruppen

kann dies der Hintergrundkonsens lebensweltlicher Kommunikation sein; analoge Funktionen können archaische Institutionen und sakrale Ordnungen erfüllen. In der modernen Gesellschaft, wo kein Rekurs auf ein vorausliegendes oder religiös sanktioniertes Einverständnis möglich ist, springt das Recht in die Lücke. Es verkörpert die für die Stabilität sozialer Verhältnisse konstitutive Verknüpfung einer mit Moral kommunizierenden Geltung und eines äußeren Zwangs (wobei beide Seiten nicht einfach fusionieren, sondern auf verschiedene Ebenen – z. B. Gesetzgebung/Rechtsdurchsetzung, Positivität/reflexive Infragestellung – aufgeteilt sind).

Letztlich ist die Lücke, die auszufüllen ist, durch das Knappwerden der Ressource *Solidarität* definiert. Diese, so die leitende Grundthese, ist für die heutige Gesellschaft »die eigentlich gefährdete Ressource« (12); auf den Schlußseiten wird dieses Eingangsdiktum dahingehend ergänzt, daß neben der zerfallenden Solidarität der sich erschöpfende Naturhaushalt genannt wird (536): In ihnen, nicht in der begrenzten Produktivität der Wirtschaft oder Steuerungskapazität der Verwaltung liegt die eigentliche Bedrohung.

»Solidarität«, obwohl nicht konzeptuell entfaltet, wird für das Gesamtgerüst der Theorie zu einem Schlüsselbegriff, der unter mehrfacher Hinsicht in den Blick kommt. Solidarität wird als konstitutiv für gesellschaftliches Leben als solches erkannt und gleichzeitig als ein Element wahrgenommen, das in der Gegenwart abgeschwächt wird, sich zu verlieren droht: Damit ist das zum Funktionsersatz aufgerufene Recht in eine spezifisch historische Perspektive gerückt. Habermas unterstreicht, daß er den Begriff »nicht als normativen, sondern als gesellschaftstheoretischen Begriff« verwendet (363); gleichwohl scheint er mit einer gewissen Undeutlichkeit behaftet. Solidarität umfaßt sowohl das (für die spezifisch moralische Motivation relevante) Interessiertsein am Wohl anderer wie die (für »Sittlichkeit« konstitutive) Orientierung an einem gemeinsamen Wollen (»solidarisches« Handeln, das nach außen, aber auch gruppenintern nicht notwendig Wohlwollen impliziert). In je verschiedener Weise ist beides mit der normativen Sozialintegration verflochten; doch ist zu präzisieren, in welchem Sinn Solidarität grundsätzlich unwahrscheinlich und in der modernen Gesellschaft zusätzlich bedroht ist. Zu den bemerkenswerten Thesen gehört, daß das Recht nicht nur Funktionslücken füllt – Solidarität in bestimmten Bereichen entbehrlich macht –, sondern sowohl seine eigene »sozialintegrative Kraft letztlich aus Quellen der gesellschaftlichen Solidarität speist« (59, vgl. 52) wie es umgekehrt selber zur Sicherung und Regenerierung der knappen Ressource Solidarität beiträgt. Dies vermag das Recht, sofern es nicht einfach äußere Form, sondern das konkrete Medium ist, über welches sich die Selbstbestimmungspraxis und kollektive Selbstverständigung vollzieht, ein Medium, über das sich – idealiter – »die schwache Kraft zwanglos gebildeter, intersubjektiv geteilter Überzeugungen in eine sozialintegrative Macht« verwandelt, »die letztlich jede bloße Gewalt ... zu überwinden vermag« (471).

In solchen Vorstellungen der Leistungskraft des Rechts artikuliert sich der Kern des »prozeduralen« Rechtsverständnisses, in welchem Haber-

mas die Alternative (und Ablösefigur) zu den konkurrierenden Leitparadigmen des liberalen und des sozialstaatlichen Modells sieht. Interessanterweise enthält die Akzentuierung des Prozeduralen eine doppelte Stoßrichtung, gleichsam eine restriktive und eine progressive Tendenz. Restriktiv ist die Beschränkung auf die Verfahrensform, das Absehen von inhaltlichen, substantiellen Grundlagen und Gemeinsamkeiten, analog der generellen Ausrichtung von Universalpragmatik und Diskursethik; die terminologische Nähe zu Luhmanns »Legitimation durch Verfahren« ist hier eine in der Sache. Doch trifft sie nur die eine Seite, deren Komplementäraspekt darin besteht, daß diese Form selber eine gehaltvolle Idee kommunikativer Freiheit verkörpert, daß sie sich nicht nur als Bestimmung von Legalität, sondern als Form eines Prozesses demokratischer Selbstbestimmung zu verstehen gibt. Was das Recht reguliert und ermöglicht, ist nicht nur die Gewährung von Freiheitsräumen und die Schlichtung von Konflikten, sondern die Umsetzung lebensweltlicher Kommunikation in gesellschaftlich-politische Partizipation. In »prozedural« klingt nicht nur das Prozedere, sondern ebenso sehr das Prozessuale der Erhaltung und Ausweitung gesellschaftlich-politischer Existenz an.

2. Mit diesem Rechtsverständnis gehen Vorstellungen zu Staat und Politik einher, in deren Ausführung Habermas zugleich zu gegenwärtigen Kontroversen politischer Philosophie Stellung bezieht. Im Rahmen einer Diskussion der Verfassungsrechtssprechung beleuchtet er den Gegensatz zwischen liberalem und republikanischem Politikverständnis; Demokratie, deren Kern eine »deliberative« Politik bildet, soll sich vom liberalen Staat als Hüter der Wirtschaft wie vom republikanischen Verständnis des Staats als Institution einer sittlichen Gemeinschaft abheben und gleichzeitig den nicht aufzugebenden Gehalt beider Denkrichtungen bewahren.

Stellenweise führt die generelle Tendenz des Habermas'schen Denkens zu einer Überzeichnung der republikanisch-kommunitaristischen Position, der es einen starken Rousseauismus unterschiebt (Rückbindung an das »Ethos einer von Haus aus integrierten Gemeinschaft« mit entsprechender »Tugendzumutung« für die Bürger [338], die »voluntaristische Annahme« eines »hypothetischen Volkswillens ... der das jeweilige allgemeine Interesse zum Ausdruck bringt« [226], die »konkretistische« Konzentrierung der Souveränität im Volk [365] etc.).

Immer geht es Habermas darum, die Doppelseitigkeit zu wahren: zwischen der Rolle des Bürgers als Träger subjektiver Rechte und seiner Funktion als Staatsbürger, zwischen den politischen Leitideen der Menschenrechte und der Volkssouveränität, zwischen moralischen und politisch-ethischen Diskursen, Normen des Zusammenlebens und Fragen der Gerechtigkeit einerseits, kollektiver Selbstverständnis und Zielreflexion andererseits.

Allerdings gehen nicht beide Seiten in gleichem Maße in den institutio-

nellen politischen Prozeß ein. Zu den grundlegendsten Leitthesen gehört die Komplementarität von informeller und institutioneller Dimension des Politischen (382, 532). Diese Unterscheidung läßt sich von zwei Seiten lesen: als Vorbehalt gegenüber der »republikanischen« Demokratieauffassung und als Bekräftigung eines normativen Begriffs von Öffentlichkeit. Aus technischen Gründen müssen kollektive Beratungs- und Beschlußfassungsprozesse repräsentativ geführt werden, wobei die Vertretungskörperschaften nicht schlechthin für den Gemeinwillen stehen, sondern nur dessen organisatorisches Zentrum bilden, dabei aber sensibel und offen für externe Einflüsse bleiben müssen. Mit diesem Zentrum in Interaktion steht eine kulturell-politische Öffentlichkeit, deren Ort die Zivilgesellschaft – der weder vom Markt noch der Administration besetzte öffentliche Raum – ist und die von außen auf das politische System einwirkt, indem sie über die Relevanz von Themen, die Rechtmäßigkeit von Entscheidungen, die Geltung von Gründen und Werten debattiert und mit der Selbstdefinition der Gesellschaft zugleich die Rahmenbedingungen parlamentarischer und administrativer Tätigkeit modifiziert. Im Zusammenspiel beider Bereiche soll sich die »kommunikativ verflüssigte Souveränität« realisieren (228). Mehrere Motive früherer Schriften – Öffentlichkeit, Diskurstheorie, Moralität/Sittlichkeit, System/Lebenswelt – werden in das Konzept deliberativer Politik integriert. Das Recht steht dabei nicht einfach als das Andere den nicht-institutionalisierten Bewegungen kultureller Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlicher Praxis gegenüber, sondern hat seine Pointe darin, selber auf diese Öffnung, diesen Dialog hin angelegt zu sein. Es hat sowohl seine Funktion darin, die prozedurale Rationalität der Politik zu sichern, wie es in seiner Geltungskraft von demokratischer Partizipation und rasonierender Öffentlichkeit abhängig ist. Bei aller Rückbindung an das kommunikative Potential der Öffentlichkeit bleibt indes die klare Grenzziehung zur plebiszitären Selbstbestimmung; Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit sind auf Einfluß, nicht auf politische Macht gerichtet.

Man kann sich fragen, ob die Beschreibung der konstitutiven Selbstbegrenzung radikaldemokratischer Praxis (449f.) nicht doch zum Teil einfach etablierten Funktionsaufteilungen folgt. Nimmt man ernst, daß gerade die Perspektive einer »weitergehenden Demokratisierung«, die auch eine »erweiterte Partizipation der Bürger« einschließt (533f.), den Kern des als Projekt verstandenen prozeduralen Demokratiebegriffs ausmacht und daß »die Kräfte gesellschaftlicher Solidarität ... sich heute nur noch ... in den Formen kommunikativer Selbstbestimmungspraktiken« regenerieren können (536), so scheint die strikte Eliminierung direktdemokratischer Bestimmung trotz der gängigen Bedenken willkürlich (zumal Habermas selber Art. 20 GG – Ausübung der Volkssouveränität »in Wahlen und Abstimmungen« – anführt, doch, wie im herrschenden System üblich, das zweite Wort sogleich überhört); ausgeblendet sind damit

produktive Perspektiven, die für die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit selber durch ihre – begrenzte – interne Verflechtung mit Entscheidungsprozessen eröffnet werden würden.

3. Doch ist wichtig zu sehen, daß diese Einschränkung die Kehrseite einer Ausweitung ist. Sie kommt in den Blick, wenn man über das politische System hinaus die Gesamtgesellschaft ins Auge faßt. Hier sieht sich jede heutige Theorie mit der Frage nach der Einheit der Gesellschaft konfrontiert, provoziert etwa durch Luhmanns These, daß Politik zu einem Sozialsystem unter anderen geworden ist, das in keiner Weise mehr für das Ganze Einheits- und Steuerungskompetenzen zu übernehmen vermag. Auch hier möchte Habermas der voreiligen Zukunftsprojektion widersprechen, ohne traditionelle Totalitätsvorstellungen zu bemühen. Ohne Abstriche wird die Vorstellung eines Gesamtsubjekts verabschiedet. Dem theoretischen Paradigmenwechsel vom Bewußtsein zur Kommunikation korrespondiert die Auflösung der selbsthaften Volkssouveränität in der »subjektlosen« Kommunikation, die Verlagerung vom Gesamtsubjekt zur Intersubjektivität der Verständigungsprozesse (364 ff.). Gleichzeitig aber sprengt solche Verständigung die Abgeschlossenheit systemspezifischer Codes und ermöglicht eine gesamtgesellschaftliche Kommunikation, mittels derer die Teilsysteme, die sich nach Luhmann nur noch extern beobachten können, füreinander verstehensmäßig offen sind. Die Dezentrierung der Gesellschaft impliziert nicht die Preisgabe ihrer Einheit. Interessanterweise sind es nicht einfach die kulturelle Öffentlichkeit und lebensweltliche Kommunikation, welche eine gesellschaftsweite Verständigung begründen. Gerade das Recht wird als Träger und Motor solcher Kommunikation erkannt. Es fungiert nach Habermas als Scharnier zwischen System und Lebenswelt, als ein für beide gleichermaßen offener Code, der kraft seiner Anschlußfähigkeit an die kommunikative Alltagspraxis auch zwischen den spezialisierten Systemcodes Vermittlungsfunktion zu übernehmen vermag; ja, über das Recht findet nicht nur deren Rückkoppelung mit der Umgangssprache als letzter Verständigungsbasis statt, sondern soll sich »die sozialintegrative Kraft der Solidarität«, die sich in einer demokratischen Öffentlichkeit entfaltet, »auch gegen die beiden anderen Mechanismen gesellschaftlicher Integration, Geld und administrative Macht, behaupten können« (363).

Es liegt Habermas daran, die Verankerung gesamtgesellschaftlicher Kommunikation in Politik und Recht zu unterstreichen und sie nicht einfach der Lebenswelt oder gar dem idealen Diskurs zu überantworten (396). Der »Verfahrensbegriff der Demokratie« läßt sich nicht auf das Teilsystem Politik reduzieren. Wenn in der Tat moderne Gesellschaft keinen Ort mehr besitzt, wo sie sich als ganze gegenwärtig ist und von wo aus gesamtgesellschaftliche Steuerung möglich ist,

so bleibt am Ort des vormaligen Subjekts nicht einfach eine Leerstelle. Vielmehr übernehmen »Recht und Politik für den Zusammenhalt des ganzen Systems eine Art Ausfallbürgschaft« (417). »Ausfallbürgschaft«, weil sie nicht mehr nach Art eines handlungsfähigen Subjekts agieren, sondern nur den Raum für den gesamtgesellschaftlichen Kreislauf, für die Bearbeitung der Probleme, die die Gesellschaft im ganzen betreffen, die Vermittlung kommunikativer und administrativer Macht offen halten. So ist das Recht, weit über die bloße Form der Konfliktregelung und Machtausübung hinaus, nicht nur Substitut und Medium von Solidarität, sondern kraft seiner Durchlässigkeit zur Lebenswelt Statthalter des gesellschaftlichen Ganzheitsbezugs. Recht erweist sich als konstitutive Grundlage sozialer Einheit, nicht nur im Sinn der Verflechtung aller Lebensbereiche durch ein übergreifendes Regelsystem, sondern im Sinne einer von innen her wirksamen Kraft des Zusammenhalts. Von eher unerwarteter Seite und in einem vielleicht unerwarteten Ton – nicht als Verweis auf eine repressive Vereinheitlichung – wird der für viele kanonischen Diagnose einer nicht mehr koordinierbaren Zersplitterung widersprochen.

4. Der Ganzheitsbezug gehört mit zu den Aspekten, unter denen die Spannung von Faktizität und Geltung im gesellschaftlichen Leben zum Tragen kommt. Der idealisierende Ausgriff über das Bestehende hinaus ist ein Ausgriff auf Prinzipien rationaler Begründbarkeit und zugleich ein Vorbegriff gelingender kollektiver Selbstbestimmung. Ohne daß sich dieser zur inhaltlichen Utopie verfestigte, gehört er als Fluchtpunkt zur Gestaltung sozialer Realität, bildet er jene »innerweltliche Transzendenz« (19), in deren Licht der Prozeß des Politischen stattfindet. Ihren engsten Ort hat diese Transzendenz in den strukturellen Voraussetzungen kommunikativen Handelns, ihre institutionelle Verankerung findet sie in den Verfahrensbedingungen politischer Praxis (347), ihr reales Substrat ist die informelle Meinungs- und Willensbildung, die in der institutionellen Politik ihre Gegeninstanz und zugleich ein Medium ihrer Umsetzung hat. Das Recht, das prinzipiell als Komplexitätsreduktion wirkt, übt gleichzeitig eine »komplexitätserhaltende Gegensteuerung« in dem Sinne aus, daß es die normativen Voraussetzungen rechtsstaatlicher Praxis gegen ihre Verdrängung in der gleichsam naturwüchsigen Komplexität und Selbstüberforderung des Sozialen gegenwärtig hält; gegen dessen immanente Trägheitsmomente kann es geradezu als »normative Gegensteuerung« wirken (397 f., 535).

Was strukturell als transzendente Dimension normativer Geltung fungiert, ist geschichtlich-politisch in der Idee des demokratischen Rechtsstaats, genauer: des demokratischen Prozesses aufgehoben. Verfassungen sind Auslegungen des »Projekts der Selbstermächtigung einer Gemeinschaft von Freien und Gleichen durch rechtliche Selbstbindung« (467), Stadien eines unabgeschlossenen historischen Projekts, das unter der Losung einer »weitergehenden Demokratisierung« nicht nur auf zeitbedingte »Vollzugsdefizite« reagiert, sondern eine gewissermaßen ge-

schichtsphilosophische Fluchtlinie entwirft. Bei unübersehbarer Akzentverschiebung nimmt Habermas' Rechtsphilosophie Anschluß an die früheren sozialphilosophischen Schriften und an Impulse einer kritischen Theorie der Gesellschaft. Was interessiert, sind, über die Ansatzpunkte normativer Kritik hinaus, emanzipatorische Potentiale, wie sie Habermas, im Gegenzug zum geschlossenen Negativismus der *Dialektik der Aufklärung*, seit je in der realen Gesellschaft auszumachen suchte. Daß nun auch Recht und Staat als Grundlagen und Quellen kommunikativer Freiheit hervorgehoben werden, mag für die im nachmetaphysischen Zeitalter so unverzichtbare wie gefährdete »Hoffnung« (535) eine Stütze sein. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß gerade mit der Ablösung der negativistischen Totalvision durch eine differenzierte Funktionsbeschreibung auch eine vertiefte Einsicht in die Schwierigkeiten des Projekts einhergeht, eine verschärfte Wahrnehmung der Eigengesetzlichkeiten sozialer Systeme, der Überforderung gesamtgesellschaftlicher Selbstbestimmung, der Zerstörung natürlicher Ressourcen. In dieser Situation an der Leistungskraft und Geltung des Rechts festzuhalten – gegen seine funktionale Einschränkung wie gegen die Kritik an der begrenzten Legitimität des Rechts im Namen der herrschaftsfreien Gesellschaft oder des guten Herrschers – markiert eine bestimmte soziologische These und eine politische Stellungnahme. In welchem Maße allerdings das Recht nicht nur in der Lebenswelt wurzelnde Kräfte der Sozialintegration zu regulieren und abzusichern, sondern durch seine Form eigene Kräfte zu entfalten vermag, scheint trotz allem eine offene Frage zu bleiben.

Emil Angehrn (Basel)